A2 2 Ökologie und Artenschutz – Gemeinsam für mehr Artenvielfalt und eine ökologische Zukunft

Antragsteller*in: Christoph Leikam (KV Roth)

Text

Um einen giftfreien Landkreis zu verwirklichen, setzen wir uns für ein Verbot von Ackergiften wie Glyphosat oder Neonicotinoide auf kommunalen Flächen ein. Dabei müssen kommunale Flächen weiterhin konsequent gentechnikfrei bleiben. Öffentliche Grünflächen gestalten wir zu bienenfreundlichen Blühflächen um. Wir wollen, dass die kommunalen Bauhöfe sich zur Beratung bei Pflanzungen, Pflanzenpflege und Mahd mit ökologischen Verbänden wie Bund Naturschutz und Landesbund für Vogelschutz vernetzen.

Wir werden in Kooperationen mit den örtlichen Gartenbauvereinen und Öko-Verbänden Informationsveranstaltungen und Fortbildungsreihen zur insektenfreundlichen Gartenpflege organisieren.

Wir werden die ökologische Landwirtschaft durch Diskussionsveranstaltungen und Gesprächsrunden mit Landwirt*innen und Bürger*innen stärken. Bei kommunalem Catering werden wir so weit wie möglich lokale ökologische Landwirte durch das Beziehen ihrer Produkte unterstützen. Bei allen bezogenen Produkten gilt jedoch der Grundsatz regional und saisonal.

Bei der Werbung für Höfe und Produkte durch z.B. Hoftage und Produkt des Monats werden wir ökologisch wirtschaftenden Betrieben einen klar erkennbaren Platz geben.

Wir werden durch Informationen für mehr Gewässerschutz entlang landwirtschaftlicher Flächen werben.

Eine vielfältige Biotoplandschaft mit z.B. Wasser-, Sand- und Feuchtbiotopen bauen wir gemeinsam mit den Öko-Verbänden aus, um vielfältige Lebensformen zu ermöglichen. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf eine bessere Vernetzung der Biotope durch neu zu schaffende Biotopkorridore. Wir machen uns für eine Baumschutzverordnung für alle kommunalen und öffentlichen Flächen stark.

Ausgleichsflächen aller Kommunen im Landkreis müssen katalogisiert werden und die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben muss überprüfbar sein. Der Landkreis kontrolliert die Vorgaben und fasst die Überprüfung aller Flächen im Landkreis in einem Zweijahresbericht zusammen. Als Ausgleichsflächen akzeptieren wir nur Flächen innerhalb unseres Landkreises.

Durch interkommunale Zusammenarbeit bei Gewerbegebieten und einem intelligenten Flächenmanagement werden wir den Flächenverbrauch minimieren.

Kommunale Dächer werden mit Photovoltaik-Anlagen ausgerüstet.Wo dies nicht möglich ist, wird eine Begrünung geprüft. Bei kommunalen Neubauten und neu ausgewiesenen Baugebieten wird der Bau einer Photovoltaik-Anlage oder eine Dachbegrünung verpflichtend.